

**Kalkoholgegner-Woche.**

Hg. Dresden, 7. August.

Die Kalkoholgegnerwoche fand ihren Abschluss gestern abend mit einer öffentlichen Versammlung im Vortragssaal der Hygiene-Ausstellung, die im majestätisch beleuchteten Saal abgehalten wurde. — Als erster Redner sprach von lebhaftem Beifall begrüßt, der bekannte schlesische Reformpädagoge und Antialkoholiker Professor Dr. August Forell über

Das Alkoholproblem, warum man es bekämpfen muß. Das Alkoholproblem verläuft in Privatkapital und Staatskapital. Bekämpft kann in der Form des Staatssanktionsmonopols und in der Form der Alkohol- und Schanksteuer die Alkoholvergiftung des Volkes ausbeseitigt werden. Ein Mittelglied ist das sogenannte Gothenburger System, bei welchem der Staat unter gewissen Bedingungen die Ausbeutung der Alkoholproduktion an private Gesellschaften verpachtet. Alle die Einrichtungen sind verwerflich. Die gemaltene Kalkoholindustrie des Alkoholkapitals hat sich eine sehr indirekte Interessenten vertrieht, zum großen Teil durch die Vermietung und Besetzung seiner Lokalitäten, so auch einen großen Teil der Presse. Diese hängen zum großen Teil von ihm ab, und das Alkoholkapital weiß diese Abhängigkeit gründlich auszunutzen. Der Redner begrüßt auch die verheerliche Korruption der Wissenschaft und kritisiert die Darbietungen des Alkoholkapitals auf der Dresdener Ausstellung. (Beifall.) Ein großer Kampf zwischen dem Alkoholkapital und der Abstinenzbewegung ist unermüdelich. Er muß ausgekämpft werden und zum Wohl der Menschheit die Abstinenz zum Sieg führen. Die Alkoholindustrie hat immerhin noch Vorzüge: Brennstoffe für Industriemaschinen, zum Gießen von Zement usw., andere Verwendung des Bodens (Erdalkalien), andere Verwendung der Nebenprodukte als Nahrungsmittel statt zur Fäulnisbildung, alkoholfreie Getränke, Fruchtäfte usw. Die Rolle des Staates, der für die Volksgesundheit einzutreten hat, ist, seine Finanzen von der Alkoholproduktion vollständig unabhängig zu stellen. Ein reinlicher, christlicher Staat hat die Pflicht, die Abstinenzbewegung zu unterstützen und die Produktion der alkoholischen Getränke zu verhindern. Die Abstinenzbewegung zu unterstützen ist ein gutes Organisationsmittel, um die Abstinenz zu fördern und zu beeinflussen.

Der zweite Redner des Abends Pfarrer Dr. B. u. r. u. e. r. d. o. d. i. n. g. behandelte das Thema vom ethischen Standpunkte aus. Er führte aus: „Das Alkoholproblem muß bekämpft werden, weil es als eine durch und durch unethische Erwerbsequelle zu betrachten ist. Schon vom Wirtschaftlichkeitsstandpunkte aus mußte es so beurteilt werden, da es zum allergrößten Teile nicht etwa von der Nützlichkeit lebt, sondern von der Unnützlichkeits- und Wollust, und was an Unethischkeiten damit zusammenhängt. Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen des Alkoholkapitals seien zum mindesten großer Selbsttötung, meist aber berechnender Schwindel. Das Alkoholkapital habe ein Lebensinteresse an der Aufrechterhaltung und Erhöhung des bisherigen riesigen Alkoholsumms und nehme dafür alle seine naturgemäßen trauglichen Begleiterleistungen: Verbrechen, Trunksucht, Borbellen, Krantheiten, Degeneration usw. mit in Kauf. Ja, es habe den Alkoholismus mit seinen Begleiterleistungen erst künstlich geschlichtet und züchtet ihn systematisch weiter. Das Alkoholkapital ist daher mit den schärfsten Waffen der unerbittlichen Ethik zu bekämpfen. (Beifall.)

Das letzte Referat war das des Dr. med. F. o. l. t. s. e. r. i. n. g. h. a. m. m. e. r. aus einer Reihe von Statistiken, Mitteilungen und Behauptungen des Alkoholkapitals, die er teilweise durch Lichtbilder illustriert. Ichte, er daß es auf bewusste Verführung der öffentlichen Meinung abgesehen ist, durch pseudowissenschaftliche Untersuchungen die Harmlosigkeit und Unschädlichkeit des Alkoholkonsums darzutun. Dieser unlauteren, vom falschen Egoismus diktierten Handlungsmethode gegenüber ist äußerster Widerstand oder um Volkswohl und Zukunft der Nation besorg-

ten Elemente unentschuldig. Die zuverlässigste Waffe in diesem Kampfe ist unbedingte Entschlossenheit. Die auf dieser Tagung vielbesprochenen Vorschläge sind in der Presse begonnen, uns gerecht zu werden. Mit den Werten werden wir auch einmal auf einen Hebererfolg gelangen, und einmal wird es sogar Hygiene-Ausstellungen geben, die nicht auf Alkohol basieren sind.“ (Stürmischer Beifall.)

In der zu sehr vorgerückten Stunde eröffneten Diskussion wurde ein von sozialdemokratischer Seite eingetragener Antrag in der Ausstellungsleitung wegen der irreführenden Brauereitabellen mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Während einer langen, auch in das Gebiet der Politik übergreifenden und mehrfach durch Beifall, so wie durch Schlußrufe unterbrochenen Rede des Sozialdemokraten K. a. h. e. n. e. i. n. Berlin erlösch plötzlich das elektrische Licht im Saale. Der Redner sprach aber trotzdem zu Ende, worauf die Verammlung in erregter Stimmung längere Zeit wartete, bis endlich die Beleuchtung wieder eingeschaltet wurde. Hierauf wurde die Diskussion fortgesetzt, und es sprachen u. a. zwei Alkoholinteressen, Kommerzienrat F. r. n. h. o. l. d. und Brauereibesitzer A. b. e. l. e. s. Beide Redner wiesen die in der Form äußerlich heftigen und beleidigenden Angriffe der Referenten des Abends auf die Brauerei- und Brennerei-Industriellen zurück, sprachen sich entschieden gegen die Alkoholproduktion im Dienste allerhöchster Götter aus, und vertrieben darauf, daß das Alkoholkapital doch auch durch Wohlfahrts-einrichtungen für die Arbeiter einer Betriebe, sowie durch mannigfache Widmungen für öffentliche Zwecke Gutes stiftet. Sehr lange nach Mitternacht ging die erregte Diskussion zu Ende, in der zum Schluß noch die Referenten auf die Ausführungen der Vertreter der Brauereiwirtschaft erwiderten, ohne jedoch ihren Referaten inhaltlich Neues hinzuzufügen. Mit dieser Veranstaltung hatte die Dresdener Alkoholgegnertage ihr Ende erreicht.

**28. Deutscher Tischlertag.**

II. Dresden, 8. August.

Der 28. Deutsche Tischlertag nahm im Anschluß an den Vortrag des Reichstagsabgeordneten Pauli über die

Reichsversicherungsordnung nachstehende Resolution einstimmig an: „Der 28. Deutsche Tischlertag nimmt nach dem Berichte des Kollegen Pauli Kenntnis von dem durch den Reichstag verabschiedeten Gesetz betr. die Reichsversicherungsordnung. Er spricht seine Befriedigung darüber aus, daß 1. die Versicherungsämter als selbständige Behörden abgeteilt sind; 2. daß die Kosten der angeordneten Versicherungsämter den unteren Verwaltungsbehörden, nicht dem Versicherungsträger zur Last fallen; 3. daß die Halbwierung der Beiträge zu den Krankenkassen abgelehnt ist; 4. daß dem aus der Kommission gestellten Antrage betr. Dezentralisation der Berufs-gesellschaften nicht stattgegeben worden ist, der dem kleinen Handwerk schwere Kosten gebracht und der nach der anderen Seite hin nicht den beachtlichsten Erfolg gehabt hätte. Der 28. Deutsche Tischlertag ist jedoch der Meinung, daß für den Arbeitgebern durch die erneute Mehrbelastung die Grenze der Leistungsfähigkeit für die selbständigen Gewerbebetriebe nicht nur erreicht, sondern überschritten ist. Die Preise der Waren unserer gesamten Industrie und des Handwerkes werden infolge dieser Mehrbelastung in die Höhe gehen müssen. Die Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber, das solche Gelege nicht hat, wird darunter leiden, da der Betriebsinhaber nicht in der Lage ist, die Mehrbelastung aus eigener Tasche zu leisten. Der 28. Deutsche Tischlertag nimmt an, daß diesem Zustande von den Behörden bei der Vergütung von Arbeiten Rechnung getragen wird, im Interesse der Erhaltung von Industrie und Handwerk.“

**Ueber die Frage der Sicherung der Bauforderungen**

wurde nach längerer Debatte nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Der 28. Deutsche Tischlertag spricht sein Bedauern darüber aus, daß durch Nichterfüllung des zweiten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen viele seiner Mitglieder wirtschaftlichen Schäden erleiden. Die Anwendung des ersten Teiles des Gesetzes und die Berücksichtigung der Reichsgewerbestimmung haben diese Schäden nicht verhindern können. Der Deutsche Tischlertag spricht daher sein Bedauern aus, daß 1. die Nichtbefolgung des ersten Teiles des Gesetzes unter Strafe gestellt wird und entsprechende Ausführungsbestimmungen erlassen werden, in denen auch die Verpflichtung amtlicher Kontrollen vorgegeben ist; 2. der zweite Teil des Gesetzes möge unverzüglich durch ein Gesetz ersetzt werden, wo die Notwendigkeit vorhanden ist, aber im anderen Falle; 3. eine unbedingt erforderliche Regelung der dinglichen Sicherung der Forderungen der Bauunternehmer herbeizuführen; 4. die Mitglieder des Bundes sind zu verpflichten, alle Vorarbeiten von Kreditfähigkeit, Betrag oder sonstiger unläufiger Nacharbeiten von Bauunternehmern oder Bauherren aus ihrem Bereiche dem Bundesvorstande zur Kenntnis zu bringen. Der Bericht möge mit den Vorarbeiten vom 1. April d. J. ab beginnen.“

Ueber den Stand des Submissionswesens referierte Herr Wagner-Dellau. Er brachte am Schluß seiner Ausführungen nachstehende Resolution ein, die einstimmig angenommen wurde: „Der 28. Deutsche Tischlertag in Dresden schließt sich der Resolution des deutschen Innungs- und Handwerker-tages im Jahre 1910 in Berlin an. Insbesondere erachtet er in der gegenwärtigen Regelung durch die Zulassung von Sachverständigen und Ausschaltung des Mindestfordernden bei Submissionen, sofern dieses Angebot 15 Proz. unter einem bestimmten Ausmaß liegt, eine Verschärfung der Bestimmungen, die eine Besserung der Vergütung, die geltend ist, der immer mehr und mehr um sich greifenden Verflechtung von Handwerk und Gewerbe einhalt zu tun. Er ersucht deshalb seinen Vorstand auf Einführung dieser gegenwärtigen Regelung bei Behörden sowie Reichs- und Landtagsabgeordneten hinzuwirken.“

**Ueber den paritätischen Arbeitsnachweis**

referierte Herr Meißner-Rahardt, Berlin. Die Verammlung nahm nach längerer Debatte nachstehende Resolution einstimmig an: „Der 28. Deutsche Tischlertag in Dresden spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Organisation der Holzarbeiter die Frage der Arbeitsvermittlung nur Kampffrage gemacht haben und unter dem Deckmantel der Parität eine dominierende Stellung der Arbeiter verfolgen. Der Tischlertag stellt insbesondere fest, daß die in einer Reihe von Großstädten eingeführten paritätischen Arbeitsnachweise mit obligatorischer Benutzung zu schweren Schäden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geführt haben und vor einer Einführung dieser Art von Arbeitsnachweisen auf das Eindringlichste gewarnt werden muß. Bei der großen Spezialisierung des Tischlergewerbes und den verschiedenartigen Ansprüchen der Betriebe nach qualifizierten Handarbeitern muß das von Arbeitern geforderte und an den verschiedenen Rängen eingeführte Kammernsystem nicht die Gewähr bieten, daß den berechtigten Wünschen der Arbeitgeber Rechnung getragen und Sicherheit dafür gegeben wird, daß der Nachweis eine absolute neutrale Stelle ist, welche nichts weiter getrieben werden darf, als Arbeitslos an die für sie geeigneten Stellen zu vermitteln, lehnt es der Tischlertag ab, paritätische Arbeitsnachweise zu beauftragen.“

**Ueber die Wirkung der Gewerbeaufsicht**

erstattete Bundesleiter Dr. Hüffelmann-Berlin einen Bericht, der nachstehender Resolution gipfelte, die gleichfalls angenommen wurde. „Der 28. Deutsche Tischlertag erachtet in der Ausübung der Gewerbe- und Baupolizei, wie sie in der Frage des

Verbotes der Berliner Lagerkellerräume zum Kürzen des Holzes neuerdings Maß getroffen hat, sowie in der richterlichen Anwendung des sogenannten Geschwindigkeitsgesetzes, wie sie vom Oberlandesgericht Celle in Sachen Hülstetange getroffen ist, eine schwere Gefährdung für das gewerbliche Leben, insbesondere für das Tischlergewerbe. Der 28. Deutsche Tischlertag verlangt im Interesse der Fortentwicklung vieler Betriebe, daß nicht Verordnungen und Bestimmungen, die unter früher bestehenden Voraussetzungen erlassen wurden, auf ganz anders geartete Verhältnisse übertragen, sowie daß gerichtliche Entscheidungen, die mit den Anforderungen des praktischen Lebens im Widerspruch stehen, durch für die Heranziehung von Männern aus dem letzteren vermieden werden. Der 28. Deutsche Tischlertag fordert alle Bundes-Innungen auf, von jeder die Fortführung einer Erleichterung gefährdenden Anwendung der Gewerbe- und Baupolizei dem Bundesvorstande Mitteilung zu machen und diesen jomit in Stand zu setzen, auf Grund tatsächlicher Materialien die zur generellen Abklärung der beklagten Schädigungen erforderlichen Schritte zu tun.“

**Honorarvereinbarung für Zeichnungen und Entwürfe**

wurde folgender Beschluß gefaßt: „Ermäßigte Entwürfe und Zeichnungen sind nur gegen Bezahlung abzugeben. Auforderungen zur Einhebung von Entwürfen, welche mit der Bedingung „ohne Kosten für mich“ seitens der Entwürfer versehen sind, sind nicht zu berücksichtigen, da diese Bedingung als ein Verbot gegen die guten Sitten zu betrachten ist und eine große Schädigung der beteiligten Architekten in sich schließt. In Ermägung jedoch, daß in absehbarer Zeit ein gesetzlicher Kampf in dieser Frage nicht zu erwarten ist, erblickt die Verammlung nur in der Selbsthilfe einen gegen diese Unfälle. Die Verammlung fordert daher den Bundesvorstand auf, sich die Beilegung der oben angeführten, das Handwerk schädigenden Unfälle angelegen sein zu lassen. Der Bundesvorstand wird beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten.“ — Zu einem Antrag der Breslauer Innung, die sich gegen die

**Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen**

ausgesprochen hat, nahm der Tischlertag folgende Resolution an: „Der 28. Deutsche Tischlertag in Dresden richtet an die betreffenden Behörden das Ersuchen, den Religionsunterricht an den Fortbildungsschulen keineswegs einzuführen, da eine Beschränkung des bisherigen theoretischen Stoffes oder eine Vermehrung der Stundenzahl eintreten müßte, die letztere aber unbedingt eine Verlängerung der Lehrzeit (und damit eine Herabsetzung der Gewerbeordnung) über vier Jahre hinaus notwendig erforderlich mäßige.“

**Von besonderem Interesse war noch ein Antrag des Rheinisch-Westfälischen Verbandes über die**

**Kampfbildung in Handwerkerschulen**

Im Anschluß hieran nahm die Verammlung nach folgende Resolution an: „Der 28. Deutsche Tischlertag erklärt einstimmig, daß das letzte Verbot bei der Kampfbildung an unseren Amisgerichten nicht mit den Interessen der Handwerker in Einklang gebracht werden kann. Er fordert für alle Handwerkerschulen, d. h. in allen Streitfällen zwischen Handwerkern und



Für Automobile All-Vorkauf u. Fabr.-Niederlage Automobilhaus Dresden: Prager Str. 43 a, Stravenz 8, Louis Glück, Leipzig: Schützenstr. 1 u. Georgring 4. Kleinvertrieb für Fahrräder und Nähmaschinen Klarnar & Eckhardt, Leipzig, Eisenstrasse.

**Berliner Kurse vom 8. August.**

Table with columns for Deutsche Fonds, Aktien, Anleihen, and other financial instruments, listing various securities and their current market prices.

Table with columns for Eisenbahn-Aktien, Eisenbahn-Obligations, and other railway-related securities, listing various companies and their share prices.

Table with columns for Obligationen, Aktien, and other financial instruments, listing various securities and their current market prices.

Table with columns for Aktien, Obligationen, and other financial instruments, listing various securities and their current market prices.